

Zeitschrift: Trans : Publikationsreihe des Fachvereins der Studierenden am Departement Architektur der ETH Zürich

Herausgeber: Departement Architektur der ETH Zürich

Band: - (2013)

Heft: 23

Artikel: Ich benutze nicht das Wort "Wende"

Autor: Flierl, Bruno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-919027>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**ICH BENUTZE
NICHT DAS
WORT ‹WENDE›**

**IM GESPRÄCH
MIT...**

Bruno Flierl

084

[...] Ich benutze nicht das Wort ‚Wende‘. Ich weiss nicht, wer sich von wo nach wohin gewendet hat oder wenden sollte oder gar gewendet wurde. Ich habe mich nicht gewendet. Ich bin Ostdeutscher in der Bundesrepublik Deutschland, auf dem Weg zu einem Gesamtdeutschen, ohne Westdeutscher zu werden. Schliesslich habe ich ja meine eigenen, in der DDR erworbenen und für mich wichtigen Erkenntnisse und Ansprüche, die ich – bei aller Kritik, die ich an der DDR-Gesellschaft hatte und auch öffentlich äusserte, was nicht gerade vorteilhaft für mich war – heute in das neu vereinte Deutschland einbringen will. Darum geht es mir. Ich will nicht formal administrativ vereint ein Bürger der Bundesrepublik sein, sondern inhaltlich tätig als Mitgestalter einer neuen Zukunft der vereinten Deutschen in Europa und der Welt, auf der Basis meines Lebens und meiner Erfahrung aus der Vergangenheit im geteilten Deutschland. Das wird oft nicht immer genügend erkannt und auch nicht anerkannt. Wann das sein wird, weiss ich nicht. [...]

transMagazin (tm): Herr Flierl, wie wurden die durch die Teilung Deutschlands und Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen städtebaulich-architektonisch überwunden, oder gibt es sie noch?

Bruno Flierl (bf): Sie sind in dem Maße überwunden, wie – vor allem seit der Neuvereinigung Deutschlands 1990 – verstanden worden ist, das in der Vergangenheit Geteilte zukunftsorientiert ohne Grenzen zu neuer Ganzheit zu entwickeln: und zwar sowohl materiell als auch ideell. Die Überwindung der ehemaligen materiellen, baulich-räumlichen Grenzen gelingt dabei besser als die der ideellen, politisch-ideologischen Grenzen.

tm: Können Sie uns die Ereignisse, die dazu führten, kurz darlegen?

bf: Berlin besass seit Ende des 19. Jahrhunderts, als es Weltstadt zu werden begann, zwei Zentren: das alte historische Zentrum

Stadtmitte vom Alexanderplatz bis zum Brandenburger Tor und das neue Zentrum am Bahnhof Zoo, getrennt voneinander durch den Tiergarten (fig. a). Alle Versuche, diese Zentren über die Charlottenburger Chaussee als eine Ost-West-Achse von Berlin, auch über eine Nord-Süd-Achse westlich des Zentrums Stadtmitte, miteinander zu verbinden, schlugen im Gefolge der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts fehl. Nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg und unter den Bedingungen der von den Siegermächten verfügten Teilung der Stadt entwickelten sich beide Zentren seit 1947 im Kalten Krieg der Supermächte USA und UdSSR und der beiden inzwischen entstandenen deutschen Staaten zu selbständigen Stadtzentren von Ost-Berlin und West-Berlin. Während das westliche Zentrum der Stadt frei von allen übergeordneten politischen Funktionen der Bundesrepublik Deutschland blieb – da ja West-Berlin offiziell, wenn auch nicht unbestritten, kein Teil der Bundesrepublik war – entwickelte sich das östliche Zentrum der Stadt zum Stadtzentrum der Hauptstadt der DDR, deren Teil Ost-Berlin geworden war. Beide Teilstädte von Berlin nannten sich selbst ‚Berlin‘.

Einmal in dieser ganzen Zeit, in einer kurzen Hoffnungspause des Kalten Krieges, gab es 1956/57 den Versuch, über die politischen Grenzen des geteilten Deutschland hinweg, einen gemeinsamen Ost-West-Wettbewerb für die Planung des Stadtzentrums in einem künftig nicht mehr geteilten Berlin durchzuführen. Die Stadtplaner aus Ost und West hatten dafür einen gemeinsam abgestimmten Verkehrsplan ausgearbeitet: ein Tangentenviereck von Stadtautobahnstrassen um das Zentrum herum, um dieses selbst von Durchgangsverkehr freizuhalten. Aber die Auftraggeber in Ost und West verstanden sich nicht so gut wie die Stadtplaner und Architekten. So kam es zu zwei getrennten Zentrums-Wettbewerben: zum ‚Wettbewerb Hauptstadt Berlin‘, 1957/58, der allein von westlicher Seite ausgeschrieben und durchgeführt wurde, noch dazu unter der Schirmherrschaft des damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss (BRD) zum überwiegendem Teil auf Ost-Berliner Territorium (DDR). Das war de facto ein Akt städtebaulicher

Aggression, der freilich im wieder verschärften Kalten Krieg völkerrechtlich nicht geahndet wurde. Verständlicherweise nahm daraufhin die Ost-Seite an einem solchen Wettbewerb nicht teil und veranstaltete ihren eigenen Wettbewerb 1958/59 zum Thema ‚Sozialistische Umgestaltung des Zentrums der Hauptstadt der DDR, Berlin – übrigens auf derselben, weil ja zuvor gemeinsam ausgearbeiteten Ost-West-Planung des Hauptstrassenverkehrs, allerdings begrenzt auf die territorial im Osten liegenden Tangenten Nord und Ost. Vom West-Wettbewerb konnte so gut wie nichts realisiert werden, da das Interessengebiet zum überwiegendem Teil in der DDR lag. Im Unterschied dazu erfolgte der Aufbau des Zentrums der Hauptstadt der DDR im Osten von Berlin grundlegend nach dem Ost-Wettbewerb.

Seitdem entwickelten sich bis in die 80er Jahre hinein die historisch nacheinander entstandenen Zentren Stadtmitte und Bahnhof Zoo zu selbständigen Stadtzentren der voneinander getrennten und gegeneinander fungierenden Teilstädte Ost- und West-Berlin: das Zentrum Ost mit einem neuen Alexanderplatz, Fernsehturm und Palast der Republik am Marx-Engels-Platz auf der Mitte der Spreeinsel, wie auch mit einer neuen Strasse Unter den Linden – das Zentrum West am Bahnhof Zoo als dem Hauptbahnhof von West-Berlin mit einer neuen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und dem dominanten Hochhaus des Europa-Centers am Breitscheidplatz als traditioneller Kreuzungspunkt von Hardenbergstrasse, Kantstrasse, Kurfürstendamm, Budapester Strasse und Tautenzienstrasse, sowie nördlich davon mit dem Wissenschaftszentrum am Ernst-Reuter-Platz. Der gesamte zentrale Bereich zwischen beiden Zentren, der Tiergarten und der Potsdamer Platz, blieb unentwickelt, vor allem nach dem Bau der Berliner Mauer, 1961, der befestigte Grenze zwischen Ost und West in Berlin. Der Potsdamer Platz verödete. Das neben ihm, nach Entwürfen von Hans Scharoun, gebaute Kulturforum war für West-Berlin ein Stadtrandgebiet, für Ost-Berlin ein blosses bauliches Zeichen jenseits der Mauer, über sie hinweg sichtbar, aber nicht erreichbar. In keiner Stadt der Welt gab es solche Grenzen.

Geschichtlicher Überblick

08.05.1945 Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht besiegelt das Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritannien, Frankreich und die Sowjetunion übernehmen als Siegermächte die Verwaltung des besetzten Landes. Berlin wird in vier ‚Sektoren‘ gegliedert.
23.05.1949 Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD). Bonn wird provisorische Hauptstadt des neuen Staates. Der Westen Berlins erfährt eine Sonderposition. Nach dem Grundgesetz der BRD war er ein Teil dieser. Administrativ gesehen war er jedoch stets Zone der Besatzungsmächte.

07.10.1949 Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Der östliche Teil Berlins fungiert als Hauptstadt des neuen Staates.
13.08.1961 Berlin entwickelte sich zum Brennpunkt des Kalten Krieges. Die DDR beginnt mit dem Bau einer Mauer entlang der Sektorengrenze.
09.11.1989 Der Fall der Berliner Mauer symbolisiert das Ende des Kalten Krieges.
03.10.1990 Die Staatsauflösung wird vollzogen und das ‚Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland‘ unterzeichnet.

Weitere inhaltlich verwandte Publikationen des Autors

1 Flierl, Bruno: ‚Gebaute DDR: Über Stadtplaner, Architekten und die Macht: Kritische Reflexionen 1990–1997‘, Berlin, 1998
2 Flierl, Bruno: ‚Berlin baut um – Wessen wird die Stadt‘, Berlin, 1998
3 Flierl, Bruno: ‚Berlin – Die neue Mitte: Texte zur Stadtentwicklung seit 1990‘, Berlin, 2010
4 Flierl, Bruno: ‚Hauptstadtplanung im geteilten und vereinten Berlin‘ in: Flierl, Thomas: ‚Berlin plant: Plädoyer für ein Planwerk Innenstadt Berlin 2.0‘, Berlin, 2010

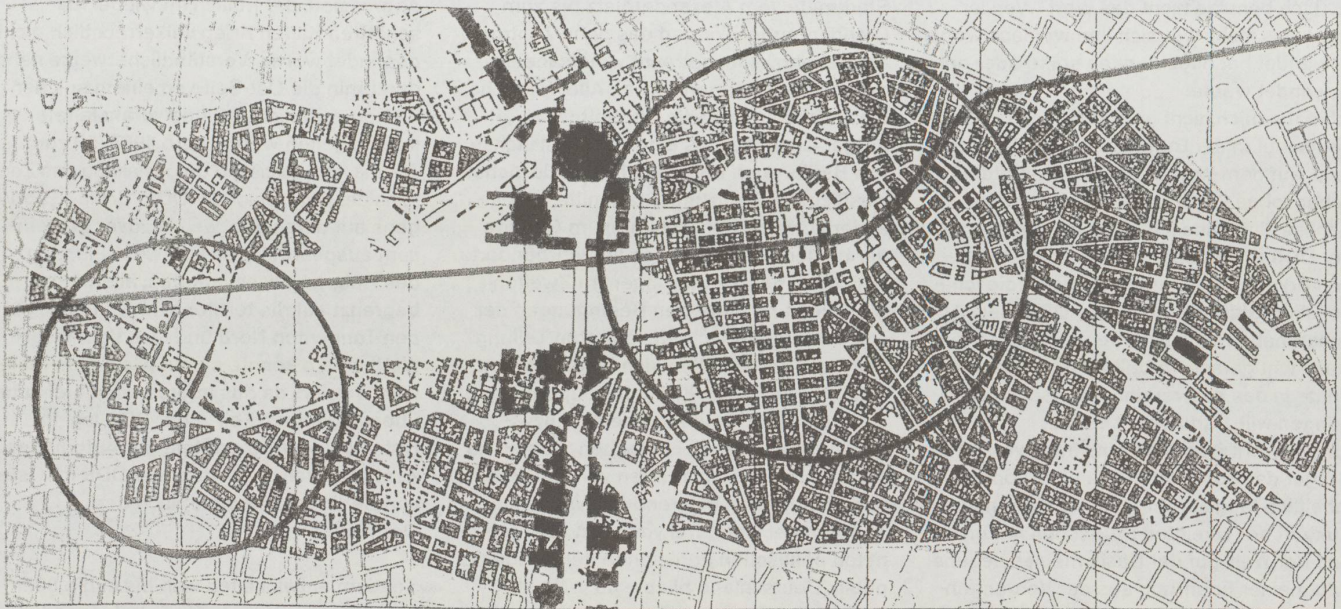


fig. a
Die historisch nacheinander entstandenen Zentren von Berlin:
Zentrum Stadtmitte (Ost) und Zentrum Bahnhof Zoo (West). Zustand vor 1945.
Einzeichnung der nicht realisierten Planungen für eine Ost-West-Achse und einer Nord-Süd-Achse
seit Beginn des 20. Jahrhunderts, hier in der Fassung von Albert Speer, 1942.
Planunterlage: Senat Berlin; Einzeichnungen: B. Flierl

Erst mit der am Ende des Kalten Krieges historisch möglich gewordenen Neu-Vereinigung von Berlin im Jahr 1990 konnte die nun zur Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland bestimmte Stadt auch stadplanerisch vereint werden (fig. b). Das geschah nicht zuletzt durch die Aktivierung des zwischen beiden Stadtzentren leer gebliebenen Stadtraums: durch den mit Hochhäusern betonten Neubau des Bereichs Potsdamer Platz und durch den Ausbau des Kulturforums, vor allem aber durch die Anlage eines neuen Regierungs-Forums im Spreebogen. Dieser bestand aus Bundestag im alten Gebäude des Berliner Reichstags und mit Neubauten für das Kanzleramt und die Bundestagsausschüsse, vom Architektenteam Axel Schultes gestaltet als ein ost-west-gerichtetes Band des Bundes. Aber auch die Bestimmung des Schlosses Bellevue zum Sitz des Bundespräsidenten und nicht zuletzt der Neubau des weithin sichtbaren Hauptbahnhofes an der Spree nördlich des Regierungsforums trugen zur Aktivierung des Stadtraumes bei. Davon ausgehend entstanden kreative Ideen, Planungen und Realisationen, diese neuen Aktivitäten zwischen den beiden traditionellen Stadtzentren in Berlin-Ost und Berlin-West zu nutzen, um zusammen mit ihnen eine neue, zusammenhängende Mitte der Stadt herauszubilden: vom Bahnhof Zoo bis zum Alexanderplatz, mit City-Bändern südlich und nördlich des Tiergartens und mit der Benutzung der grossen Ost-West-Stadtachse durch den Tiergarten hindurch, vor allem im Abschnitt zwischen Brandenburger Tor und Siegestsäule, als neue zentrale Festmeile der Stadt. Dieser

Prozess, der noch im Gange ist, wird von den Berlinern praktisch und symbolisch positiv wahrgenommen, als erlebbarer Akt der Vereinigung der so lange getrennten Stadt in ihrer neuen Mitte. In der Tat ist das ein Erfolg, historisch entstandene Grenzen zu überwinden.

tm: Und was ist bislang nicht oder weniger gut gelungen?

bf: Vorhandene Grenzen abzubauen ist überall dort schwierig oder unmöglich, wo begrenztes Denken im Wege steht, zumeist als Produkt mangelnden historischen Bewusstseins und ideologisch beschränkter Wertens. Das bezieht sich in erster Linie auf den Umgang mit den in Ost-Berlin entstandenen städtebaulichen und architektonischen Lösungen. Wenn Politiker, Stadtplaner und Architekten sich die Vereinigung des geteilten Berlins primär als 'Wieder-Vereinigung' und wesentlich retrospektiv vorstellen, dann streben sie danach, die Vergangenheit vor der DDR, also die Vorvergangenheit, wieder sichtbar zu machen, also DDR-Bausubstanz als unliebsame Altlast zu entsorgen. Könnten sie sich die großartige historische Chance der Vereinigung in Deutschland und vor allem in Berlin wesentlich perspektivisch als 'Neu-Vereinigung' vorstellen, dann müssten sie – gerade bei neuralgischen Fällen – Ideen, Pläne und Projekte für einen kritisch-konstruktiven Umgang mit der DDR-Bausubstanz als ein Vorgang der Aneignung des Vorgefundenen und nicht seiner Entsorgung entwickeln. Das ist in der Regel nicht der Fall, weil die, die da zu entscheiden haben,

überwiegend aus dem ehemaligen Westen kommen, den sie nun auch im Osten einführen wollen. Das ist ein echter Mangel im gewiss nicht einfachen historischen Prozess der deutsch-deutschen Vereinigung, die nicht gelingen kann, wenn sie primär als west-deutsche Vereinigung oder als blosser Ausdehnung der alten Bundesrepublik realisiert wird.

tm: Können Sie dafür Beispiele nennen?

bf: Ich konzentriere mich auf zwei Beispiele: auf den Fernsehturm nahe dem Alexanderplatz und auf den Palast der Republik am ehemaligen Marx-Engels-Platz, Mitte Spreeinsel.

Der 1969 errichtete Fernsehturm war im geteilten Berlin das von den Ost-Berlinern positiv erlebte Stadtzeichen ihrer DDR-Hauptstadt. Für die West-Berliner war er das negativ gewertete Feindbild Ost-Berlin, DDR und Kommunismus. Kein Wunder, wenn es Anfang 1990 West-Ideen gab, den Turm abzureissen. Als das funk-technisch, aber auch ökonomisch nicht realisierbar war, blieb er stehen, bis er inzwischen heute für alle Berliner – übrigens auch für die ganze Welt – zu dem geworden ist, was der Eiffelturm für Paris ist, nämlich zum Stadtzeichen von Berlin – von ganz Berlin. Um aber trotzdem seine Dominanz zu brechen, soll er nach einem vom Senat der Stadt bestätigten Projekt von Hans Kollhoff, im Alexanderplatz-Wettbewerb 1992/93, von Hochhäusern teilweise verdeckt, also visuell entsorgt werden. Diese Absicht liess sich bislang nur deshalb noch nicht ver-

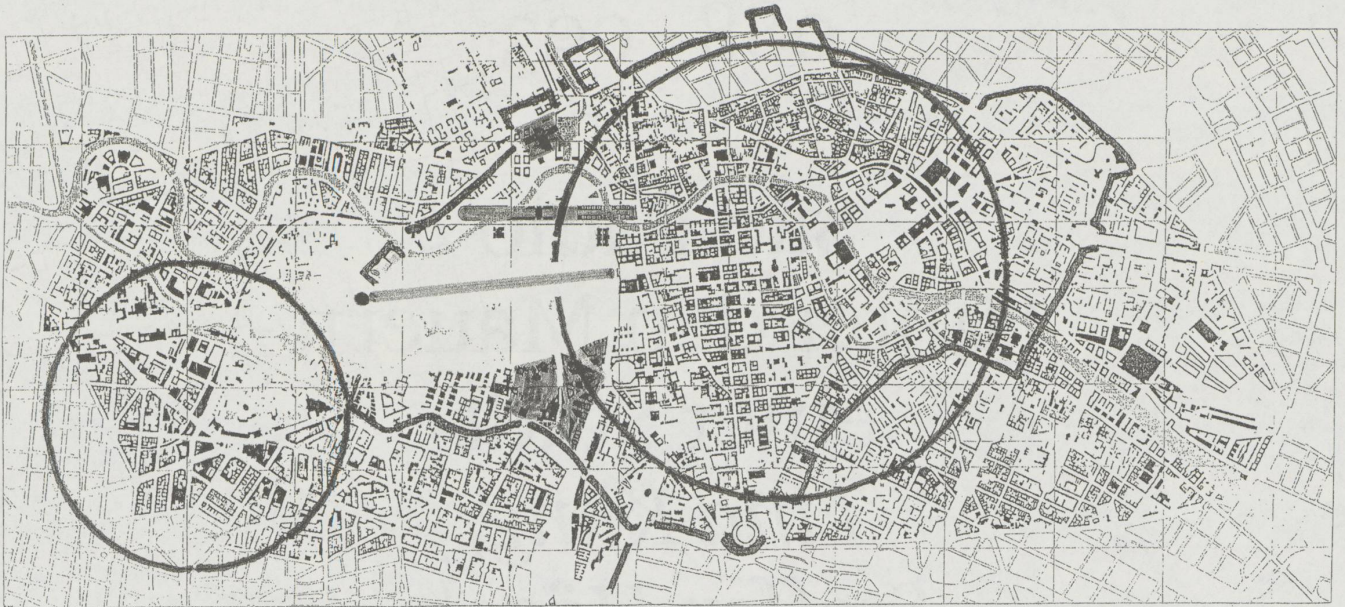


fig. b
 Das Zusammenwachsen der nach 1945 selbständig gewordenen Zentren Ost und West im geteilten Berlin zur gemeinsamen Mitte der neu vereinten Stadt Berlin als der Bundeshauptstadt Deutschlands – mit Hauptbahnhof, Band des Bundes, Festmeile, Kulturforum und Potsdamer Platz.
 Planunterlagen: Senat Berlin; Einzeichnungen: B. Flierl

wirklichen, weil dafür das Geld fehlte – ist aber politisch noch nicht endgültig vom Tisch!

Im Unterschied zum Fernsehturm ist der Palast der Republik tatsächlich materiell entsorgt und dadurch zum Verschwinden gebracht worden. Dieser 1976 fertig gestellte Bau war für die DDR-Bevölkerung der zentrale Symbolbau der Hauptstadt, ja des ganzen Landes. Er war etwa an der Stelle entstanden, an der sich das alte Berliner Schloss befand, das 30 Jahre zuvor im alliierten Bombenkrieg überaus stark zerstört und von der DDR 1950/51 nicht wieder aufgebaut wurde, weil es als Symbolbau preussisch-deutscher Macht-Vergangenheit galt, an die nicht erinnert werden sollte, wozu es damals und auch später in der DDR keinerlei ökonomische Voraussetzungen gab. Wie diese politische Entscheidung auch immer heute gewertet werden mag, so ist es doch historisch falsch zu sagen, die DDR habe das Schloss abgerissen. Eben dieses Argument spielte aber seit 1990 eine wesentliche Rolle, als in der bundesdeutschen Medienlandschaft gefordert wurde, das Schloss wieder aufzubauen und den DDR-Palast der Republik abzureissen – quasi als Wiedergutmachung im Prozess der Wiedervereinigung von Deutschland und von Berlin. Mein Gegenargument lautete: Es ist durchaus produktiv, sich für die vereinten Deutschen statt des DDR-Palastes zukunftsorientiert einen neuen zentralen Symbolbau zu wünschen, der für sie heute und morgen sinnstiftend für ihr Leben in ihrem Land, in Europa und in der Welt sein kann – doch nicht ein Schloss

preussisch-deutscher Herrschaft der Vergangenheit als Museum für zufällig vorhandene Exponate aussereuropäischer Kultur. Da es eine öffentliche demokratische Diskussion über den Ort Mitte Spreeinsel in Berlin nicht gab, entschied der Deutsche Bundestag 2002, repräsentativ für das Volk, jedoch ohne es selbst in Ost und West zu befragen, den Abriss des DDR-Palastes und den Wiederaufbau des Berliner Schlosses. Der nach einem Projekt des italienischen Architekten Franco Stella beschlossene Bau soll 2019 eingeweiht werden. Ob das der Fall sein wird, ist nicht so ganz gewiss. Es fehlt nicht nur zunehmend an Geld für die inzwischen auf das Dreifache prognostizierten Baukosten, es mangelt auch mehr und mehr an öffentlichem Interesse – in der Bevölkerung schon längere Zeit, zunehmend auch in der Politik. Das seit dem letzten Jahr zutage getretene Finanzierungs- und Logistikdesaster beim Bau des Grossflughafens Berlin-Schönefeld ist für niemanden mehr ermutigend.

Hier am zentralen Ort Mitte Spreeinsel in Berlin, der Bundeshauptstadt des vereinten Deutschland, ist bislang ganz offensichtlich eine grosse kulturelle Aufgabe nicht gelöst worden – ganz wesentlich aus begrenztem Denken darüber, was für die vereinten Deutschen Sinn macht für ihre Zukunft, beim Umgang mit ihrer Vergangenheit, heute in ihrer Gegenwart. Generell möchte ich sagen: Wer kein Geschichtsbewusstsein hat, gelangt auch zu keinem brauchbaren Zukunftsbewusstsein. Ohne Zukunftsbewusstsein entsteht aber auch kein richtiges

Geschichtsbewusstsein. Schliesslich muss man ja wissen, was von der Geschichte für die Zukunft gebraucht wird.

tm: Möchten Sie noch eine abschliessende Aussage zu diesem besonderen Fall des Umgangs mit gewissen Grenzen treffen?

bf: Mir ist eines klar: Wir werden in Deutschland noch viel zu tun haben, um die Grenzen des ‚Noch-Nicht-Vereintseins‘ zu überwinden, bezogen auf unser soziales Sein und Bewusstsein, Tun und Denken.

Bruno Flierl, geb. 1927

ist Architekt, Architekturkritiker und Publizist, Dr.-Ing. et Dr. sc. phil. und lebt seit 1950 in Ost-Berlin. 1953 erhielt er sein Diplom an der Hochschule für Architektur in Weimar. Danach widmete er sich der Architektur und dem Städtebau der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vor allem kritisch theoretisch in zahlreichen Schriften. Er arbeitete an der Bauakademie der DDR, als Chefredaktor der Zeitschrift Deutsche Architektur und bis zu seiner Emeritierung 1984 als Dozent an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1990 wirkt er in der Stadtdiskussion im vereinten Berlin.

Das Gespräch wurde von Julia Hemmerling und Vanessa Schmitz im Juni 2013 in Berlin geführt und aufgezeichnet.